

«Personenfreizügigkeit ist nicht tragbar»

Nationalrat Christoph Blocher kämpft für die Einwanderungs-Initiative der SVP. Im Interview erklärt er, was diese der Schweiz bringt und warum er keine Angst vor einer Kündigung der bilateralen Verträge hat.

VON VANESSA BUFF

Herr Blocher, am Schaffhauser Podium zur Einwanderungs-Initiative sagten Sie, die Kontingentierung sei nicht perfekt. Warum soll die Schweiz sie dennoch einführen?

Christoph Blocher: Weil sie die Masseneinwanderung, die die bewährte Schweiz zerstört, stoppt. Sie verlangt, dass nicht die EU, sondern die Schweiz die Zuwanderung wieder regelt. Wird die Initiative angenommen, kann nur einreisen, wer einen gültigen Arbeitsvertrag hat. Ausserdem soll der Schweizerische Arbeitsmarkt wieder Vorrang haben. Damit sind nicht Schweizer Bürger gemeint, sondern Personen, die in der Schweiz niedergelassen und hier auf dem Arbeitsmarkt sind. Für die Unternehmen bedeutet das, dass sie zuerst in der Schweiz rekrutieren müssen. Wenn sie hier keine Arbeitskraft gefunden haben, können sie einen Ausländer einstellen. Weil das für die Manager etwas mühsamer ist, sagte ich, dass die Kontingentierung auch Nachteile habe. Aber sie sind tragbar, die Personenfreizügigkeit nicht.

Sie sagten auch, dass es nicht schwierig sei, Ausländer einzustellen, wenn man sie benötige. Das heisst nichts anderes, als dass die Wirtschaft die Zuwanderung steuert – egal ob mit oder ohne Kontingentierung.

Blocher: Die Wirtschaft hat natürlich ein gewichtiges Wort mitzureden. Bei starkem Wirtschaftswachstum – zum Beispiel von 2002 bis 2007 – hatten wir mit der Kontingentierung eine Zuwanderung von rund 45 000 Personen pro Jahr. Die Wirtschaft ist gewachsen und auch die Löhne. 2007 wurde die Personenfreizügigkeit eingeführt. Seither ist die Wirtschaft auch etwas gewachsen, aber die Löhne stagnierten, und die Einwanderung ist explodiert. Sie überstieg bereits 2013 die Zahl von 80 000. Und man muss doch auch ganz klar sehen, dass es auf der Welt kein einziges Land gibt, das den freien Personenverkehr kennt.

Was ist mit den Ländern der EU?

Blocher: Die EU hat die Personenfreizügigkeit, weil sie ein eigener Bundesstaat sein will. So wie sie die Schweiz unter den Kantonen auch hat. Nach aussen hat die EU aber auch das Kontingentsystem. Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU und will es auch nicht sein. Dazu hat das Schweizervolk mehrmals Nein gesagt. Die Schweiz ist ein eigener Staat, darum muss sie darauf beharren, die Zuwanderung zu regeln.

Aber das Volk sagte Ja zu den Bilateralen und zur Personenfreizügigkeit.

Blocher: Ja, zu einem Vertrag, den man wieder künden und abändern kann. Ausserdem versprach der Bundesrat damals, dass mit der Personenfreizügigkeit höchstens 8000 Personen kommen würden. Jetzt sind es über 80 000! Und es werden immer mehr. Denn alle, die zuwandern, brauchen wieder eine neue Infrastruktur: Bei jährlich 80 000 neuen Einwanderern braucht es jedes Jahr allein für diese



Nach Christoph Blocher soll die Schweiz die Zuwanderung selber steuern. Die Initiative sei das Mittel dazu, so der alt Bundesrat und Nationalrat (SVP, ZH). Bilder Selwyn Hoffmann

Ausländer 35 000 Wohnungen, 163 Ärzte – allein im ambulanten Bereich –, 3 Spitäler mit 364 Krankbetten, 600 Krankenschwestern, 72 Schulhäuser und Kindergärten, 500 Lehrer, alle 5 Jahre ein Kernkraftwerk, Strassen, Bahnen, Milliarden.

Die Frage ist doch aber, ob das durch die Kontingentierung wirkungsvoller zu steuern ist – oder ob die Kontingente nicht sowieso wie in der Vergangenheit umgangen werden.

Blocher: Wie man die Beschränkung bestimmt, muss dann der Gesetzgeber regeln. Es stimmt nicht, dass die Regeln vor 2007 umgangen wurden. Auf jeden Fall kamen viel weniger als heute. Die Vergangenheit zeigt, dass, wenn es der Wirtschaft schlechter ging, der Einwanderungssaldo auch mal negativ war. Mit der Personenfreizügigkeit bleiben die Ausländer da, und die Massenzuwanderung bleibt jetzt auch in schlechten Jahren.

Wie sollen die Kontingente festgelegt werden?

Blocher: Das hat der Gesetzgeber zu tun. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Früher waren es Wirtschaft, Gewerkschaften, Migrationsbehörde und Kantone zusammen. Das ist eine Methode. Die Masseneinwanderungs-Initiative verlangt lediglich, dass auf die Gesamtwirtschaft Rücksicht zu nehmen ist. Sicher ist, dass mit einem Ja die jetzige Masseneinwanderung verhindert und der Wohlstand für die Einzelnen in der Schweiz verbessert würden. Raumplanungsgesetze hingegen, und was jetzt noch alles von den Gegnern angeführt wird, verhindern nicht, dass immer mehr Leute kommen.

Diese Argumentation zielt darauf ab, dass nicht alle Probleme, die von der SVP genannt werden – überlastete Verkehrsinfrastruktur, teure Mieten, Zersiedelung –, rein auf die Zuwanderung zurückzuführen sind.

Blocher: Welche Gründe sollte es sonst geben?

Die zurückgelegte Tagesdistanz der Pendler ist beispielsweise zwischen 1994 und 2010 um 43 Prozent gestiegen. Die Menschen in der Schweiz sind mehr unterwegs und nehmen mehr Wohnraum pro Kopf in Anspruch. Sehen Sie darin keine Gründe?

Blocher: Diese Probleme werden aber durch die Zuwanderung wesentlich verschärft. Jedes Jahr wird eine Stadt so gross wie Luzern in die Schweiz gepflanzt. Am meisten stieg der Bedarf an Wohnraum ausserdem seit 2007, dem Beginn der Personenfreizügigkeit. Mit jährlich 35 000 zusätzlichen Wohnungen wegen der Zuwanderung. Dazu kommen der Lohndruck, Aufenthaltsmissbräuche, die Verbauung von Kulturland und Wohnungsnot. Überall bringt die Annahme der Initiative gegen die Masseneinwanderung eine massive Verbesserung!

Die Initiative soll auch den Asylbereich umfassen. Warum wird dieser mit einbezogen?

Blocher: Da muss man genau lesen. Asylbewerber können gar nicht gemeint sein, da sie hier nicht arbeiten dürfen. Gemeint sind beispielsweise anerkannte Flüchtlinge, die das ganze Leben hierbleiben. Diese müssen einbezogen werden, damit sie arbeiten

können und müssen! Es kann nicht sein, dass Flüchtlinge ein Leben lang hier bleiben, aber von der Sozialhilfe leben.

Das heisst, solange ein Asylbewerber noch in einem Aufnahmeverfahren steckt, wird er nicht in die Kontingente eingerechnet?

Blocher: Richtig. Solange er nicht arbeiten darf.

In Deutschland und in England wird derzeit ebenfalls heftig über die Zuwanderung diskutiert. Wie beurteilen Sie diese Debatte im Hinblick auf die Schweiz?

Blocher: Diese beiden Länder haben Probleme mit der Personenfreizügigkeit, weil sie innerhalb der EU die höchsten Lohnniveaus haben. Seit Anfang Jahr gilt die volle Personenfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien, und da wehren sich England und Deutschland nun dagegen. Das erwartet die Schweiz noch, denn 2016 gilt das auch für die Schweiz. Dann kommen die Bulgaren und die Rumänen, und das heisst auch viele Roma. Auch ohne Arbeitsvertrag.

Wie wird die EU Ihrer Meinung nach auf das Ende der Personenfreizügigkeit reagieren?



Christoph Blocher macht sich für die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» stark. Diese möchte, dass die Schweiz die gesamte Zuwanderung wieder selber steuern kann – mittels Kontingenten, wie sie heute für Drittstaaten üblich sind.

Einwanderungs-Initiative Zwei grosse Interviews

«Gegen Masseneinwanderung»
Zur Masseneinwanderungs-Initiative der SVP publizieren die SN zwei grosse Interviews. Heute erscheint das Gespräch mit Nationalrat Christoph Blocher, einem Befürworter der Initiative. Morgen folgt das Interview mit Arbeitgeberpräsident und Gegner der Initiative, Valentin Vogt.

keit in der Schweiz reagieren? Wird sie Härte demonstrieren, um die Konflikte mit ihren eigenen Mitgliedern nicht noch zu befeuern?

Blocher: Die Schweiz war 700 Jahre lang unter Druck von aussen. Nur hatten wir immer Regierungen, die gesagt haben, bis hierher und nicht weiter. Wenn der Bundesrat – mit dem Volksentscheid im Rücken – entschieden mit Brüssel verhandelt, lässt sich das lösen.

Genau diese Regierung, die Ihre Partei so gerne kritisiert, soll nun in Brüssel bessere Konditionen aushandeln als beim letzten Mal?

Blocher: Wir haben nun mal diese Regierung! Aber wenn der Bundesrat den Volkswillen ernst nimmt, dann muss er das tun. Wenn er es nicht tut, müssen andere Leute gewählt werden.

Konkret: Sehen Sie die Gefahr, dass bei einer Annahme der Initiative die ganzen bilateralen Verträge mit der EU kippen?

Blocher: Nein! Denn die EU hat nur Verträge abgeschlossen, die im Interesse der EU-Länder sind. Die meisten Verträge brauchen zur Kündigung einen einstimmigen Entscheid aller 28 Mitglieder. Das Landverkehrsabkommen ist der EU am wichtigsten. Glauben Sie, Länder wie Holland, Deutschland oder Italien würden diesen Vertrag künden? Danach hätte die Schweiz ja die gesamte Kontrolle über den Verkehr durch unser Land. Auch die EU-Länder vertreten ihre Interessen. Niemals würde das passieren, und selbst wenn, wäre es nicht zu unserem Nachteil.